

Jahrbuch 2019/2020

der Patriotischen Gesellschaft von 1765



Stadt der Bürgerinnen  
und Bürger

## Bürgerbeteiligung – zwischen Legimitationsdruck und Praktikabilitätshürde

Jürgen Fiedler

**B**ürgerbeteiligung: ein Wort in aller Munde und doch von einer Sperrigkeit, die kaum einen gesellschaftlichen Konsens über dessen Zuständigkeit, Wertigkeit und Wirkmächtigkeit vermittelt. Allenthalben sehen sich diejenigen, die Bürgerbeteiligungsprozesse anschieben oder Teil derselben sind, dem Vorwurf ausgesetzt, nur für einen Ausschnitt, eine nicht repräsentative Minderheit oder eine spezielle Interessensgruppe zu sprechen.

Zumeist unterschwellig formuliert lautet der Vorwurf: einige wenige können nicht für sich beanspruchen, in Entscheidungsprozessen stärkeres Gewicht zu erhalten als die sich nicht artikulierende Mehrheit. Wofür haben wir schließlich Wahlen? Damit wird den Beteiligungsakteur\*innen wiederkehrend bzw. anlassbezogen die Legitimität ihres Anliegens oder etwaiger Forderungen abgesprochen, insbesondere von denjenigen, die sich als gewählte Repräsentant\*innen auf eine demokratische Wahl berufen können, aber auch von denjenigen, denen Bürgerbeteiligung schlicht ein Dorn im Auge ist.

Netzwerk Hamburger  
Stadtteilbeiräte: Ausstellung in der  
Rathausdiele (2016)



Matinee zum 10-jährigen  
Netzwerkjubiläum (2020)



Alle, die mittels verschiedener Bürgerbeteiligungsformate der Zivilgesellschaft eine Stimme verleihen und gesellschaftliche Gestaltungsprozesse so breit und vielfältig wie möglich aufgestellt sehen wollen, stehen unter diesem Rechtfertigungszwang. So erwächst der Druck, nach Formaten zu suchen, die einerseits diesen Argumenten den Wind aus den Segeln nehmen, andererseits zu einem breiteren Spiegelbild der Bevölkerung in den Verfahren führen sollen.

Letzteres Anliegen ist sicherlich eine dauerhafte Herausforderung und soll an dieser Stelle auch nicht kleingeredet werden. Aber klarzustellen ist auch, dass sich in Bürgerbeteiligung genau wie in jeder anderen politischen Artikulation immer nur ein gesellschaftlicher Ausschnitt artikuliert, präsentiert, Luft verschafft – wie übrigens auch bei Wahlen.

Alle Formate, die das rein freiwillige Zusammenfinden infrage stellen und auf eine höhere Repräsentativität setzen, bedienen sich einer nach vorher festgelegten Kriterien erzeugten Vorauswahl bzw. einer Zufallsauswahl. Doch diese herausgefilterten Konstellationen bleiben ebenfalls ein nicht-repräsentativer Querschnitt, weil in den allermeisten Stadtteilen oder Einheiten die Diversität der Bevölkerung so groß ist, dass bei einer überschaubaren Personenzahl in einem Beteiligungsprozess auch hier wieder nur gesellschaftliche Ausschnitte zugegen sind. Der Erwartungsruck zu einer quasi repräsentativen Zusammensetzung beruht auf der Annahme, dass der Wunsch sich zu beteiligen ein allgemeingültiger sei, der mit einer entsprechenden Ansprache und Bereitstellung von geeigneten Formaten quasi automatisch zu einer Beteiligungskultur führt, die von allen gesellschaftlichen Gruppen getragen wird.



Broschüre des Netzwerks  
„Nur mit uns“ (2016)

Ja, man muss diesen Anspruch haben, so vielen wie möglich eine Teilnahme zu ermöglichen. Und nein, man muss akzeptieren, dass die aktive Einbindung in Beteiligungsprozesse beileibe nicht Alltagsbedürfnis aller ist. Die Ausgestaltung individueller Freizeitvorlieben und eines Gestaltungswillens für das erweiterte Lebensumfeld ist nicht vereinheitlichbar und divergiert genauso breit wie die vor Ort lebende Bevölkerung. Gesellschaft lebt nicht davon, dass sich alle für alles interessieren, sondern dass sich Teil-Gruppen aktiv in Teil-Fragestellungen einbringen.

Das Momentum des Sich-Beteiligens beruht auf einer persönlichen Involviertheit, dem Empfinden des Einzelnen, dass ihn etwas betrifft, er sich herausgefordert fühlt und das Verlangen aufkommt, etwas mitzugestalten oder zu verändern. Aus diesen persönlichen Zugängen heraus formiert man sich oder trifft auf Formationen, die einem als geeignetes Forum für die Umsetzung dieser Anliegen wirkmächtig erscheinen. Impliziert ist damit die Ausschnitthaftigkeit.

Was entkräftet ein sinnvolles Argument, wenn es nicht von vier Nationalitäten, drei Glaubensrichtungen, Mann bzw. Frau, Alt und Jung, Wohlhabend und Minderbegütert formuliert ist? Rein gar nichts. Entscheidend für die Beachtung, für den Einfluss von in Beteiligungsprozessen entwickelten Positionen bei den Abwägungen von Entscheider\*innen, kann nicht die personelle Zusammensetzung, sondern muss die Stärke der Argumente, die Tiefe der Überlegungen, die Ernsthaftigkeit der im Prozess vorgenommenen Abwägungen und die Qualität der Rückkoppelung innerhalb des Sozialraumes, des Stadtteils oder des jeweilig betroffenen Umfeldes sein. Noch an einer anderen Stelle stößt die gelebte Beteiligungskultur an ihre Grenze: bei der Frage der Praktikabilität. Als Mitbegründer des Netzwerkes Hamburger Stadtteilbeiräte (im November 2009) weiß ich um das Ringen in den einzelnen Stadtteilen, sich während der Meinungsbildungsprozesse eines möglichst breiten Rückhalts zu vergewissern. Dabei muss man klar im Auge haben, welche zeitlichen, logistischen und schlussendlich auch finanziellen Ressourcen vorhanden sein müssen, um die Vielfalt an Fragestellungen zu bearbeiten und innerhalb von Diskussionsprozessen so gründlich wie möglich zu betrachten.

Bürgerräte, Bürgerforen, *planning for real*, *open-space*, *world-cafes*, Zukunftskonferenzen oder auch Online-Befragungen sind nur einige der vielfältigen Beteiligungsformate. Diejenigen, die solche Formate einmal eingesetzt haben, wissen um den Aufwand, der einer Durchführung innewohnt. Sie sind „herausragend“, aber nur bedingt verwendbar für „Alltagspartizipation“.

Allein die Bitte an Verantwortliche in Verwaltung und Planungsbüros, ihre Vorhaben im Stadtteil in Beiräten oder Stadtteilversammlungen vorzustellen, bedeutet schon eine starke zeitliche Be-

anspruchung, noch dazu in den Abendstunden. Sollten die deutlich zeitintensiveren Formate regelhafter zur Anwendung kommen, wäre an eine Beteiligung der Fachleute überhaupt nicht mehr zu denken. Der Alltag der Beteiligungskultur in den Stadtteilen muss auf realistische Maßstäbe eingegrenzt werden, sonst ist er nicht zu managen, selbst nicht mit Profis an der Seite, solange Quartiere in Förderkulissen sind.

Das Spezifikum der Stadtteilbeiratsstruktur ist, dass es keine Zuspitzung auf eine bestimmte Frage-/Problemstellung gibt, sondern vielmehr das gesamte Spektrum der Herausforderungen innerhalb eines Stadtteils auf den turnusmäßigen Sitzungen abgearbeitet werden will. Mangelnde Sauberkeit im Quartier, Vielfältigkeit des kulturellen Angebots, Versorgung mit sozialen Dienstleistungen, Schwächeln des Einzelhandels, Verkehrsanbindung, Zustand der Rad- und Fußwege, Überplanung von Spiel- und Freizeitflächen, mangelnde Ausstattung mit Treffpunktmöglichkeiten, neue Bauvorhaben usw. Das ist Bürgerbeteiligung in einer ganz besonderen Güte, weil hierbei das Lebensumfeld in einer für das gesellschaftliche Zusammenleben beispielhaften Dimension be(tr)achtet wird. Wer hier – neben dem Legitimationsdruck – auch noch den Druck zur Formatediversität aufbaut, wird all diejenigen, die sich Monat für Monat abends zwei und mehr Stunden zusammenfinden, maßlos überfordern und ihnen damit die Substanz ihres Handelns entziehen, nämlich die Lust am Mitgestalten innerhalb eines begrenzten Ressourcenvermögens.

Netzwerktreffen in Hohenhorst (2017)



Netzwerk Hamburger Stadtteilbeiräte:  
Podiumsdiskussion am Osdorfer Born  
(2018)



Ganz im Gegenteil, es gilt, diese besondere Form der Stadtteilbeiräte als zahlenmäßig bedeutendstes und regelhaftestes Beteiligungsformat in den Stadtteilen (bis zu 1.000 Personen pro Monat finden sich hier monatlich zusammen) zu stärken, indem sie a) finanziell ausreichend abgesichert und b) in ihren Einflussnahmemöglichkeiten und in ihrer Wirkmächtigkeit gegenüber Verwaltung und Politik nachhaltig gestärkt werden.

Dem aktuellen Koalitionsvertrag ist das Thema so gut wie keine Zeile wert, ein klares Indiz dafür, dass die gewählten Volksvertreter\*innen keine „Belehrungen“ von außen/unten wünschen. Dem entgegenzutreten wird Aufgabe all derjenigen sein, die sich für die Stärkung der Zivilgesellschaft einsetzen.